

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 44 (1950)

**Heft:** 2

**Artikel:** Weltrundschau : die H-Bombe ; Amerikanische Strömungen ; Deutschland in Europa ; England im Kampf ; Unsicherheit in Frankreich und Italien ; Die Rechnung mit dem Krieg ; Der andere Weg ; Propaganda und Wahrheit ; Die Welt des Ostens

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139362>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ich glaube trotz allem, daß die Liebe in Dir wohnt, und daß u. a. das Mitfühlen mit Deportierten und Vertriebenen Dich dazu drängt, Deine laute Kritik zu erheben und von allen anderen eine ebenso laute zu fordern. Damit verkehrst Du aber «Hic Rhodus, hic salta» ins Gegenteil. Du reihst Dich in die Front der gegen Rußland heulenden Wölfe, ohne selbst ein Wolf zu sein. Und wenn die Wölfe ihr Opfer zerreißen würden, würden sie dann nicht auch Dich zerreißen? Laß den Kreuzzug gegen Rußland – der doch allein die Konsequenz der ewigen Hetzereien sein kann, sofern man die Worte überhaupt ernst nehmen soll – losbrechen. Würde er nicht gleichzeitig oder nach siegreichem Ende ein Kreuzzug gegen uns alle sein, gegen uns in unserer oft so braven Sozialdemokratie, wie gegen Dich und Deine idealistischen und anarchistischen Freunde?

Und wenn Dir dies gleichgültig ist, so denk im Ernst, nicht nur im rhetorischen Protest, an die Opfer der russischen Diktatur! Was tust Du aber in Wirklichkeit? Deine Worte helfen mit, ein Klima zu erzeugen, das Klima des kalten Krieges, in dem man es ganz natürlich findet, daß gegenwärtig die Angriffswaffen gegen Rußland in westlichen Häfen ausgeladen werden, das Klima, in dem auf russischer Seite die Gewalt sich versteift und weite Strecken Landes zum Glacis werden, in dem um des erwarteten Angriffs willen deportiert und gesäubert wird. Du hörst vom Jammer der Betroffenen. Sollte dies Dich nicht dazu drängen, hier wirksam zu helfen? Hic Rhodus, hic salta. Stemmen wir uns mit allen Kräften – und da nur Kräfte, nicht abstrakte oder rhetorische «Wahrheiten» zählen, haben die des forschen Attackenreiters neben denen des «Hinkenden Boten» Platz – gegen diese rollende Hysterie, die neue Ersatzreligion Antikommunismus, die nur die üblen Seiten des Kommunismus stärkt, seine edlen aber – die einen wie die andern sieht nur der nicht, der für das eine oder andere blind sein will – schwächt. Was Du als «Sagen der Wahrheit» aber forderst, hieße von Jeremias verlangen, er solle gegen die ganze Bevölkerungen deportierenden Heere der Babylonier predigen und von Jesus verlangen, er solle – in Nazareth, Kapernaum oder Jerusalem – die Machtpolitik Roms geißeln.

Lieber Felix, auf diesem Wege hätte Jeremias das Gefängnis, Jesus das Kreuz vermeiden können – und der «Hinkende Bote», ohne sich mit beiden vergleichen zu wollen, Deine und andere Freundlichkeiten.

Wo die neue, böse Ersatzreligion Beziehungen vergiftet, gibt der echte Kampf dem Kämpfenden den Glauben an ein Weiterreifen, an eine fast unvorhersehbare Entwicklung. Ich habe beides, sowohl in bezug auf Rußland als auch auf Dich.

Mit freundlichem Gruß Dein

Bruno Balscheit.

## WELTRUNDSCHAU

### Die H-Bombe

Das ernsteste Geschehnis von Weltbedeutung, das diesmal zu berichten ist, ist Präsident Trumans Befehl an die amerikanische Atomkraftkommission, nun auch die Herstellung einer auf Wasserstoff beruhenden Sprengbombe an die Hand zu nehmen. Die Produktion der ersten Hydrogen-Bombe (kurz H-Bombe genannt) werde, so heißt es, etwa ein Jahr brauchen; ihre Zerstörungskraft soll diejenige der wirksamsten Atombomben auf Uranbasis um ein Vielfaches, vielleicht das Hundertfache, übertreffen. Dem Entschluß Trumans, der in der Tat von ganz unabsehbarer Tragweite ist, ging ein heftiger Kampf in den zuständigen Körperschaften, vielleicht auch in seiner eigenen Seele, voraus. Aber die Befürworter der H-Bombe, vor

allem die so unerwartet mächtig gewordenen Militärkreise, hatten eben ein nach der vorherrschenden Auffassung unbedingt durchschlagendes Argument für sich: den Hinweis darauf nämlich, daß auch den Russen die Fabrikation von Wasserstoffbomben über kurz oder lang möglich sein werde, seit sie hinter das Geheimnis der Herstellung von Atombomben überhaupt gekommen seien. Wenn also, so folgerte man weiter, Amerika nicht auch zur Produktion von H-Bomben übergehe, so werde es eben die Sowjetunion tun, die dann eine Waffe in die Hand bekomme, mit der sie in jedem beliebigen Augenblick Amerika physisch vernichten könne. Und zweifellos werde sie auch nicht zögern, von dieser kriegsmäßigen Überlegenheit rücksichtslos Gebrauch zu machen, während natürlich in der Hand Amerikas die Wasserstoffbombe nur eine Friedensgarantie mehr sei.

Gegen dieses Argument war beim gegenwärtigen Geisteszustand des amerikanischen Volkes allerdings nicht aufzukommen. Denn der andere Schluß, daß die Brechung des amerikanischen Atombomben-Monopols durch die Russen nur noch die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen und die militärische Abrüstung ganz allgemein übrig lasse, wenn ein Atomwettrennen mit all seinen unheimlichen Gefahren vermieden werden solle, dieser Schluß, der sich dem «zivilistischen» Denken unweigerlich aufdrängte, wurde eben in den seit Hiroshima von einer Atombomben-Psychose beherrschten Vereinigten Staaten nicht gezogen. Und so war es gar nicht anders möglich, als daß die militärische Denkweise durchdrang und sich die amerikanische Staatsführung entschloß, auf die Herstellung der gewöhnlichen Atombombe auch durch die Russen mit der Produktion einer Super-Atombombe zu antworten, die den Vereinigten Staaten einen neuen Vorsprung vor der Sowjetunion sichern soll, wenn auch vielleicht nur für ein paar Jahre. Das ist die unentrinnbare Logik des Gewaltdenkens. Wenn man nicht glauben will, daß man den Frieden *vorbereiten* muß, um ihn zu haben, dann muß man eben den Krieg *vorbereiten* — nicht, um den Frieden zu sichern, wie die alte Lügenlösung lautet, sondern um ihn mit den wirksamsten Waffen führen zu können, wenn er infolge dieses Denkens und Handelns schließlich kommt. Wenn man nicht die Unvermeidlichkeit des Friedens anerkennt, so muß man sich eben zur Unvermeidlichkeit des Krieges bekennen — das ist der wirkliche Sinn des Truman-Befehls vom 31. Januar 1950. Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode!

### **Amerikanische Strömungen**

Man sage uns nicht, das sei ein zu scharfes Urteil. Gewiß, in der Politik der Vereinigten Staaten wogen immer die verschiedenartigsten Strömungen durcheinander. Und es wäre unbillig, die fortschrittlichen und dem Frieden ergebenen Kräfte, die im amerikanischen Volke tätig sind, irgendwie gering zu achten; der Wahlsieg Trumans und der Demokraten im Herbst 1948 hat ihre tatsächliche Ausdehnung der Welt aufs

neue vor Augen geführt. Aber gerade dieser Wahlsieg und was ihm folgte (oder besser nicht folgte) hat auch wiederum höchst eindrücklich klargemacht, daß solche Fassadenerfolge bei weitem nicht genügen, um der amerikanischen Politik eine neue Wendung zu geben. Es kommt vielmehr vor allem darauf an, die hinter den Parteien und Parlamenten wirkenden reaktionären und imperialistischen Kräfte zu bändigen, wenn der oberflächliche Fortschrittswille der Volksmehrheit auch in der Formung des Staatswillens zum Ausdruck kommen soll. Die Führung der amerikanischen Politik ist ja seit Roosevelts Tod wieder ganz unverkennbar an das kapitalistische Besitzbürgertum und das raffgierige Großverdienertum zurückgefallen, das den Schöpfer des New Deal und Baumeister der Allianz mit Rußland samt seinen damaligen Beratern noch heute mit zähem, stumpfsinnigem Haß verfolgt.

Ein neues Beispiel dafür ist der nunmehr nach fast einjähriger Dauer vorläufig abgeschlossene Sensationsprozeß gegen Alger Hiss, einen der glänzendsten Mitarbeiter Roosevelts und einflußreichen Teilnehmer der Konferenz von Jalta, der wegen angeblichen Meineids kürzlich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Dabei war der Hauptbelastungszeuge des Gerichtes ein bekehrter Kommunist, namens Chambers, der nicht ableugnen konnte, vor dem berüchtigten Ausschuß zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe in elf Fällen falsch geschworen zu haben, nun aber restlos Glauben fand mit seiner Behauptung, er habe im Jahre 1936 von Hiss zuhanden der Sowjetunion vertrauliche Aktenstücke des Außenministeriums bekommen. So dunkel auch vieles an diesem Handel bleibt und so starke Indizien gegen Hiss sprechen — vor allem die von ihm selbst anerkannte Tatsache, daß die von Chambers in Kleinphotographie vorgelegten Schriftstücke auf einer Maschine geschrieben worden sind, die einmal der Familie Hiss gehörte —, so klar ist es, daß in Hiss die ganze Politik Roosevelts verurteilt und nicht zuletzt auch Außenminister Acheson getroffen werden sollte, der zu Hissens persönlichen Freunden gehört und auch nach dessen Verurteilung offen zu ihm steht. Damit haben aber die verhängnisvollen Mächte einen neuen Sieg errungen, die nicht nur in den Vereinigten Staaten selbst die Klassenherrschaft des «freien Unternehmertums» aufrechterhalten, sondern dieses Regime mit Hilfsgeldern und Militärmacht auch anderen Ländern auferlegen wollen und durch stärksten Druck von außen, eingeschlossen die Drohung mit der H-Bombe, den Ostblock erschüttern, ja sprengen zu können hoffen.

**Deutschland in Europa** Diesem Ziele dient jedenfalls die gegenwärtige Europa- und Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten in ganz ausgesprochener Art und Weise. Paul Hoffman, der Generaldirektor der amerikanischen Wirtschaftsverwaltung für Europa, hat es in Paris den Empfängern der Marshallhilfe in fast ultimativer Form und jedenfalls sehr deutlich zugerufen: Schließt

euch jetzt einmal, im Geiste der liberalen Wirtschaft, zu einer west-europäischen Wirtschaftsunion zusammen — oder es gibt über 1952 hinaus einfach keine Dollar mehr! Der Zweck eines solchen Wirtschaftszusammenschlusses, so sagte er, sei «die Bildung eines einzigen, großen Absatzgebietes, innerhalb dessen mengenmäßige Beschränkungen des Güterverkehrs, Währungsschranken für den Zahlungsverkehr und zuletzt alle Schutzzölle ein für alle Male weggefegt sind». Die Schaffung eines «dauernden Freihandelsraumes mit 270 Millionen Konsumenten in Westeuropa», so fügte Hoffman hinzu, «würde die Entwicklung großaufgezogener Industrien mit niedrigen Produktionskosten beschleunigen», während die Betätigung eines wirtschaftlichen Nationalismus «Unglück für die Staaten und Armut für die Völker bedeuten» würde. Und damit ja kein Mißverständnis darüber aufkomme, wozu das so geeinigte Westeuropa dienen solle, erläuterte er in der Neuyorker «Times»: «Für mich liegt der Beweis kristallklar da, daß der Kreml nichts Geringeres als die Weltoberierung erstrebt ... Der Kommunismus wird erst dann keine Gefahr mehr in Europa sein, wenn die europäische Wirtschaft auf einer gesunden Grundlage ruht» — der Grundlage natürlich, die schon den Vereinigten Staaten ihren stolzen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg ermöglicht hat.

Den Kern der «freiheitlich» organisierten westeuropäischen Einheitswirtschaft muß aber nach amerikanischer Auffassung, da England — zumal unter sozialistischer Regierung — seine eigenen Wege geht, ein kapitalistisch wiedererstarktes Westdeutschland bilden. Mit Hilfe der Vereinigten Staaten hat denn auch die westdeutsche Wirtschaft — abgesehen von den über zwei Millionen Arbeitslosen, die sie, Westberlin eingeschlossen, bereits wieder produziert hat — die ermutigendsten Fortschritte gemacht. Die Förderung von Kohle zum Beispiel ist in der Doppelzone von 1947 bis Mitte 1949 um über 50 Prozent gestiegen, die Erzeugung elektrischer Kraft um 40 Prozent, die von Stahl gar um 230 Prozent. Die industrielle Vorherrschaft Deutschlands in Westeuropa zeichnet sich so trotz Krieg und Niederlage von Monat zu Monat deutlicher ab. Und wenn die Ausfuhr Westdeutschlands seine Einfuhr auch kaum zur Hälfte zu bezahlen vermag, diejenige nach den Vereinigten Staaten wertmäßig sogar nicht einmal 10 Prozent der deutschen Bezüge aus Amerika erreicht, so spielt das angesichts der Schlüsselstellung, die Amerika der westdeutschen Republik im Kampf gegen den Kommunismus zudenkt, keine entscheidende Rolle; der reiche Schirmherr jenseits des großen Wassers — so sagt man sich im Vierten Reich — wird das Defizit schon ausgleichen, wenn man ihn nur an seiner empfindlichen Stelle zu packen weiß. Und das verstehen sie ja in Bonn und Umgebung wirklich meisterhaft ...

So darf denn Washington seinen Kurs, der darauf abzielt, Westdeutschland auch politisch in die «Gemeinschaft der freien Völker» zurückzuführen, zuversichtlich fortsetzen. Es gibt zwar hie und da noch —

dank dem bekannten teutonischen Taktgefühl – störende Zwischenfälle, welche die Alliierten verstimmen könnten. So wenn der westdeutsche Minister «für gesamtdeutsche Fragen», Jakob Kaiser, in einer Denkschrift den förmlichen Anschluß der Saar an die Bonner Republik fordert und der Justizminister Dehler das Ruhrstatut angreift und Deutschland von aller Schuld an den beiden Weltkriegen freispricht. Oder auch wenn der Bundestagsabgeordnete Richter, den man schon den «kleinen Hitler» nennt, in einem Bierkeller – nach dem Vorbilde des großen Adolf – eine Deutsche Reichspartei mit klassisch nationalistischem Programm gründet und sein früherer Kollege Hedler die Zweckmäßigkeit der Auschwitzer Gaskammern in Frage stellt, weil es – auch noch andere Mittel gegeben hätte, um die Juden auszurotten. Aber Bundeskanzler Adenauer hat ja schon eine recht ansehnliche Technik im Einrenken solcher propagandistischer Verstauchungen, und da sich die Kanzleien in Washington, London und schließlich auch in Paris nur zu gern überzeugen lassen, daß all diese Kundgebungen deutschen Revanchewillens im Grunde gar nicht so bös gemeint seien, wie es scheinen möge, so ist man jeweilen bald wieder lieb miteinander und stellt das Einigende, nicht das Trennende, in den Vordergrund. Man hat es so ja auch nach dem ersten Weltkrieg gehalten, wo nicht einmal ein Hitler, ein Goebbels, ein Streicher die Zusammenarbeit der «freien Nationen» im Kampf gegen den gemeinsamen Feind im Osten zu stören vermochte – bis es der geschätzte neue Freund und alte Gegner, den man so großzügig wieder auf die Beine gestellt hatte, so toll trieb, daß man ihn wohl oder übel doch am Kragen nehmen mußte ...

**England im Kampf** Eine entscheidende Rolle bei der Wiederaufrichtung des kapitalistisch-imperialistischen Deutschlands in den zwanziger und dreißiger Jahren wie auch bei seiner Niederwerfung im zweiten Weltkrieg hat, wie man weiß, *England* gespielt. Ob es eine ähnliche Doppelrolle erneut spielen wird, ob es also mit schweren Kriegsopfern ein weiteres Mal die Fehler einer kurzsichtigen Friedenspolitik bezahlen muß, das hängt großenteils davon ab, wie rasch es erkennt, daß es nicht mehr ein konservativ-reaktionäres Westeuropa gegen ein kommunistisch-revolutionäres Osteuropa ausspielen darf, um sich selber und die alte Gesellschaftsordnung zu salvieren, daß vielmehr sein eigenes Schicksal endgültig mit der Aufrichtung eines neuen, demokratischen und sozialistischen Gesamteuropa verbunden ist. Nichts wäre verhängnisvoller, als wollte England die Völker des europäischen Festlandes sich selber, und das heißt einerseits dem amerikanisch-kapitalistischen, anderseits dem deutschnationalistischen Machteinfluß überlassen in der Meinung, es müsse vor allem den Zusammenhang mit den anderen Gliedern des britischen Völkerbundes pflegen und sich gleichzeitig eng an der Seite der Vereinigten Staaten halten, von denen es wirtschaftlich wie militärisch ja doch abhängig sei. Mit Recht stellt die

von einer Gruppe weiterblickender Labourabgeordneter auf die Unterhauswahlen hin herausgegebene Programmschrift «Keeping Left» («Links anhalten») in dieser Hinsicht fest:

«Wenn das sozialistische England eine isolationistische Haltung gegenüber Europa einnahm und seine Zukunft ausschließlich auf den Commonwealth und die Verbindung mit Amerika bauen wollte, so wäre das Ergebnis schon nach wenigen Jahren eine französisch-deutsche Allianz, die von den Ruhrmagnaten und dem Comité des Forges beherrscht und darauf angelegt wäre, uns von allen Absatzmärkten zu verdrängen... Es ist schwer zu bestreiten, daß wir versäumt haben, die Führung des europäischen Sozialismus zu übernehmen. Im besondern hat unsere Weigerung, im Jahre 1946, als wir noch unser volles Entscheidungsrecht hatten, in unserer Zone eine Währungsreform vorzunehmen und die Schwerindustrie in der Ruhr zu verstaatlichen, unsere sozialistische Führerschaft schwer geschädigt. So ist auch, weil wir es versäumt haben, rechtzeitig unsere eigenen Pläne für einen Westbund vorzulegen, diese Idee von Männern wie Churchill und Reynaud an sich gerissen worden, mit dem Ergebnis, daß an der Straßburger Tagung des Europarates vom letzten Sommer die britische Abordnung überspielt und in die Verteidigung gedrängt wurde.»

Ein sozialistisches Westeuropa schaffen zu helfen und zu diesem Zweck die sozialistischen Kräfte der festländischen Nationen, von Italien bis Skandinavien, zu sammeln und anzufeuern – das müßte jetzt wirklich eine Hauptaufgabe der labour-britischen Außenpolitik werden. Es wäre darum so außerordentlich wichtig, daß die gegenwärtig im Gang befindliche politische Ausmarchung in England nicht nur zu einer einfadhen Bestätigung des Labourregimes führte, sondern auch eine Mannschaft ans Ruder brächte, die mit der eher konservativ-überlieferungsgebundenen Linie der bisherigen labouristischen Außenpolitik zu brechen und einen bewußt sozialistischen Kurs auch in den internationalen Beziehungen Großbritanniens einzuschlagen gewillt wäre. Es genügt nicht, daß das Unglück einer Wiederkehr Churchills vermieden wird; der europäische und Weltsozialismus muß aufs dringendste auch die Ausschaltung Bevins und seiner Leute wünschen, die aus freien Stücken die alte Tory-Außenpolitik so getreulich fortgesetzt haben, daß sich ihre Geschäftsführung oft genug das hohe Lob Churchills und der Konservativen verdiente.

Im Gegensatz zu ihrer Außenpolitik kann die Labourregierung auf ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen wirklich stolz sein. Hier hat sie während ihrer fünfjährigen Amtszeit ihre Wahlversprechungen nicht nur erfüllt, sondern sogar überboten, und dies unter allerschwierigsten Umständen. Sie hat die Übertragung der wirtschaftlichen Macht von der nach eigenem Gutdünken schaltenden Kapitalistenklasse auf die verantwortlichen Organe des Gesamtvolkes planmäßig in die Wege geleitet, indem sie fünf wichtige Wirtschaftszweige – Kohle, Stahl, Elektrizität, Gas und Transport – sozialisiert oder doch ihre Sozialisierung vorbereitet hat. Sie hat den Gesundheitsdienst zur Volkssache erhoben, Hunderttausende neuer Wohnungen gebaut und die Lebenssicherheit der bisher am wenigsten gesicherten Schichten verstärkt. Sie hat – das Allerwichtigste – für Vollbeschäftigung gesorgt und damit die Voraussetzung für eine allgemeine Erhöhung des Lohneinkommens geschaffen. Und sie hat

gleichzeitig bewiesen, daß die mit all dem verbundene Schwächung der kapitalistischen Arbeitsantriebe – bei den Unternehmungsleitern die Lockung hoher Profite, bei den Arbeitern die Furcht vor Entlassung – nicht auch die Produktionsleistung verringert, sondern sie im Gegenteil steigert. Die industrielle Gesamtproduktion ist heute in England tatsächlich um fast 40 Prozent höher als vor dem Krieg (im liberalistischen Frankreich kaum um 30 Prozent), die Arbeitsleistung je Mann um 22 Prozent (Frankreich 5 Prozent), die Ausfuhr um 46 Prozent (Frankreich 37 Prozent), und die Anlage von Neukapital betrug im Jahr 1948 in Großbritannien 36 Dollar pro Kopf der Bevölkerung gegen nur 16 Dollar in Frankreich.

Das sind erstaunliche und ermutigende Ergebnisse, und wenn es gelingt, eine gewisse Gleichgültigkeit in der britischen Arbeiterbevölkerung durch die Neubelebung sozialistischer Hoffnung und sozialistischen Glaubens zu überwinden, dann sollte die Wiedergewinnung einer guten Labourmehrheit im Unterhaus sicher sein, so sehr auch mit dem Verlust einer erheblichen Anzahl gefährdeter Sitze zu rechnen ist.

### **Unsicherheit in Frankreich und Italien**

In Frankreich werden die Erneuerungswahlen zur

Nationalversammlung normalerweise erst im nächsten Jahr stattfinden. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß schon vorher ans Volk appelliert wird. Das Kabinett Bidault, das nur mehr mit äußerster Mühe zusammenzuhalten ist, ist jedenfalls neuerdings wieder – Ende Januar – nur ganz knapp am Sturz vorbeigekommen und bleibt auch dann aktionsunfähig, wenn es sich noch ein paar weitere Monate, mehr schlecht als recht, auf den Beinen halten kann<sup>1</sup>. Ob Neuwahlen diesen Zustand chronischer Schwäche des französischen Regierungsorganismus zu beheben vermöchten, ist mehr als zweifelhaft, es sei denn, die neue Parlamentsmehrheit greife zur Abschaffung des Verhältniswahlrechts, von der sich die Rechte eine Zurückwerfung der Kommunisten auf höchstens die Hälfte ihres jetzigen Mandatsbestandes verspricht. Da aber nicht nur die Linke einer solchen «Reform», die einem kalten Staatsstreich gleichkäme, äußersten Widerstand leisten würde, sondern auch die klerikalen Volksrepublikaner davon eine wesentliche Sitzesbuße befürchten und die Sozialisten dann nicht mehr zur Mehrheitsbildung nötig wären, also in die Opposition gerieten, ohne wirklich oppositionell gesinnt zu sein, so stößt auch dieser Ausweg auf Schwierigkeiten, welche die Krise des Regimes nur auf einen anderen Boden verschieben würden. Die organische Über-

<sup>1</sup> Das war bereits geschrieben, als die Meldung vom Rücktritt der sozialistischen Minister aus der Regierung Bidault eintraf. Da die sozialistische Fraktion trotzdem nicht grundsätzlich in die Opposition gehen zu wollen scheint, so ist der Bestand des Kabinetts für den Augenblick nicht gefährdet. Auf die Dauer wird sich aber die Frage gleichwohl stellen, wie lange die Fiktion eines Regimes der «Dritten Kraft» noch aufrechterhalten werden kann.

windung dieser Krise ist ohne die Bildung einer neuen Volksfront, ohne die Wiederbelebung des Geistes der so schmählich verratenen Widerstandsbewegung überhaupt nicht mehr vorstellbar – aber für eine solche Erneuerung des französischen Volkslebens fehlen vorderhand alle Voraussetzungen. Es ist die alte, traurige Wahrheit, die Camille Val im «Socialiste Chrétien» (Januar 1950) ausspricht:

«Die Sozialistische Partei ist in die Fußstapfen der Radikalen Partei der Vorkriegszeit getreten. Sie ist nur mehr ein zwar gewiß fortschrittlicher, aber doch des revolutionären Geistes entbehrender Faktor. In Frankreich ist die Sozialistische Partei, gleich wie die meisten sozialdemokratischen Parteien Europas, als revolutionäre Kraft ausgeschieden. Sie kann nicht mehr die Hoffnung eines Proletariats verkörpern, das tatsächlich die Kriegsfolgen allein trägt.

Anderseits die Kommunistische Partei: Die bleibt zwar die einzige organisierte Kraft der Revolution, aber ihr Totalitarismus bringt alle schöpferischen Kräfte in ihr zum Versiegen, entmutigt die zuverlässigsten Energien, beunruhigt die Masse eines Volkes, das ihr nur noch in die Verzweiflung folgt und weil es außer ihr nichts anderes hat. Eine Revolution macht man aber mit Begeisterung und nicht mit Verzweiflung.»

Wozu immerhin angemerkt sei, daß Äußerungen, wie die anlässlich des Rajk-Prozesses erschienenen Artikel von Jean Cassou und Vercors (im «Esprit»), von Pierre Emanuel (im «Monde»), von Edith Thomas (im «Combat»), die in der Öffentlichkeit so viel Aufsehen erregt haben, doch eine lebendige Bewegung der Geister und Gewissen auch in denjenigen Kreisen der französischen Intelligenz anzeigen, die sonst eng mit der Kommunistischen Partei verbunden sind.

Auch in Italien hat die Auflösung der Volksfront, wie sie aus der Widerstandsbewegung des letzten Kriegsjahres hervorgegangen war, unselige Folgen gehabt. Von einer ernsthaften Inangriffnahme der grundlegenden Strukturreformen, nach denen der gegenwärtige Zustand Italiens förmlich schreit, ist längst keine Rede mehr; dafür befestigen die Nutznießer der kapitalistischen und feudalen Ordnungen ihre Machtstellung in einer Art und Weise, daß deren Erschütterung kaum mehr anders als durch gewalttätige Mittel möglich scheint, so wie sie sich in den Boden- und Fabrikbesetzungen bereits leise ankündigen. Eine besonders wichtige Rolle fällt bei dieser Verteidigung des alten Regimes – neben dem Gelde der Vereinigten Staaten – der Katholischen Aktion zu, die wohl die einflußreichste Massenbewegung des heutigen Italiens ist und, bei drei Millionen Mitgliedern, die sie zählen soll, mit ihren Zellen und Agitatoren bis ins hinterste Dorf hinausreicht. Sie ist es, die der Christlich-demokratischen Partei recht eigentlich zu ihrer Machtstellung verholfen hat, einer Stellung, die durch die jüngste Kabinettsbildung nur noch weiter verstärkt worden ist, gehören jetzt doch, nach dem Ausscheiden der sogenannten Liberalen, 11 von 16 Ministern der Democrazia Cristiana an, und zwar ihrem rechten Flügel, der eine Gruppe fortschrittlicher katholischer Politiker geschickt aus der Regierung hinausmanövriert hat. Natürlich sitzen auch die Rechtssozialisten, deren vorläufiger

Rücktritt aus dem Kabinett die Umbildung nötig gemacht hatte, wieder fröhlich in ihren Sesseln, darunter Lombardo, der, wie die «Neue Zürcher Zeitung» so hübsch sagt, «ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit einen modernen, gegen monopolistische und kollektivistische Auswüchse gerichteten Liberalismus vertritt». Saragat selbst hat sein Ministeramt mit der Leitung des Generalsekretariats seiner Partei vertauscht. Wie lange aber werden wohl diese Parteimanöver und Kulissenschiebungen, verbunden mit den «energischen Polizeiaktionen» Scelbas, des «starken Mannes» der Regierung de Gasperi, die wirklichen Aufgaben verdecken können, von deren Lösung Leben und Sterben des italienischen Volkes abhängt?

### **Die Rechnung mit dem Krieg** Kehren wir aber nach dieser Ergänzung des gegenwärtigen Weltbildes zu dem Punkte zurück, von dem wir ausgegangen sind, und prüfen wir die Lage, die durch das Atomwettrüsten entstanden ist, noch etwas genauer.

Man kann jetzt vielfach lesen, die Wasserstoffbombe werde, sofern sie in die Hand der Amerikaner komme, nicht den Ausbruch eines neuen Krieges befördern, sondern umgekehrt den Frieden sichern, wobei man natürlich vor allem an ihre abschreckende Wirkung auf die «kriegslüsternen» Russen denkt. (Auch General Guisan hat sich bei seinem kürzlichen Besuch in Aegypten in diesem Sinne geäußert.) Aber wie unsinnig, ja wie leichtfertig ist doch solche Spekulation! Amerika kann sich ja auch in der Produktion der H-Bombe im besten Falle nur einen Vorsprung von wenigen Jahren vor der Sowjetunion sichern; nachher wird die Sowjetunion wieder mit gleichen Chancen wie ihr Rivale im Rennen liegen, und die Vereinigten Staaten werden – sofern nicht schon zuvor etwas passiert – eine neue Anstrengung machen müssen, um Rußland ein paar Nasenlängen vorauszukommen. Und so weiter. Rüstung hat eben immer zu Gegenrüstung geführt, und aus dem Wettrüsten droht nach allen Erfahrungen viel eher der Krieg hervorzugehen als der Frieden. Die Rüstungspolitiker glauben ja auch gar nicht ernstlich an die Möglichkeit eines dauernden Friedens, wohl aber an die ewige Wiederkehr des Krieges, bei dessen nächstem Erscheinen möglichst gut gewappnet dazustehen der wahre Zweck ihrer Anstrengungen ist – nicht die Verhinderung eines Kriegsausbruches. Und daß insbesondere hinter dem amerikanischen Entschluß, die Wasserstoffbombe herzustellen, die fatalistische Überzeugung steht, die Russen würden ja eines Tages auf jeden Fall über Amerika herfallen, das unterliegt für mich nicht dem mindesten Zweifel<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> Die «New York Post» hat erst dieser Tage geschrieben: «Präsident Truman, Staatssekretär Acheson und einige ihrer führenden außenpolitischen Berater glauben daran, daß Rußland im Begriffe steht, zum offenen Angriff überzugehen.» – Diese, wenn auch noch so sinnlose Furcht ist durch die Aufdeckung der Verräterei des Atomphysikers Dr. Fuchs natürlich noch erhöht worden, besonders im großen Publikum.

Wie liegen nun aber, «realpolitisch» betrachtet, für die Vereinigten Staaten die Aussichten, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen? Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß besonders von amerikanischen Marinekreisen, aber auch von manchen Armeeführern vor einer Überschätzung der Wirkungen auch der massivsten Atombombenangriffe auf das russische Reich gewarnt wird. Kriegsentscheidend, so sagen diese Fachleute des Massenmordes, bleibe auch in Zukunft die Kampfkraft der Landarmee, und da habe eben Amerika samt seinen europäischen Verbündeten, eingeschlossen Westdeutschland und Franco-Spanien, der Sowjetwehrmacht auf alle absehbare Zeit nichts Gleichwertiges oder gar Überlegenes entgegenzustellen. Ähnlich denkt man in England, das, wie man fürchtet, trotz Radar und Düsenjägern einem russischen Luftangriff ohne hinreichend wirksame Verteidigungsmittel ausgesetzt wäre, zumal es, wie Oliver Stewart in der Zeitschrift «Aeronautics» unlängst feststellte, wegen der Zusammendrängung seiner Bevölkerung und seiner Industrie auf engem Raum «für die Zwecke eines Atombombenkrieges das beste Ziel in der Welt» bietet. Zur Lage Frankreichs aber bemerkt Max Werner in dem amerikanischen Wochenblatt «National Guardian» (23. Dezember 1949):

«Frankreich hat heute keine Flotte, aber immer noch Admirale; es hat tatsächlich keine Luftmacht, wohl aber eine ausgeklügelte Luftkriegsstrategie. Admiral Castex, der einen internationalen Ruf als einer der besten strategischen Denker genießt, fragt, wozu eigentlich eine Luftmacht gut sei, wenn eine überlegene Landmacht ihre Stützpunkte erobern und die Länder besetzen könne, die durch schwächere Armeen ungenügend verteidigt seien. Wie General Vallin betonte, könnten die Landstreitkräfte Westeuropas, wenn sie auf sich selber angewiesen blieben, nicht mehr als eine heldenhafte Gebärde ausführen... Die französischen Armee- und Flottenoffiziere sagen, ein Luftsieg werde erstens unmöglich und zweitens nutzlos sein, während die französischen Flieger sagen, die Niederlage auf dem Land wäre unvermeidlich.»

Was der Atlantikpakt und die amerikanischen Kriegsmateriallieferungen nach Europa, die jetzt begonnen haben, unter diesen Umständen wert sind, kann sich auch der militärische Laie ausrechnen.

**Der andere Weg** Es muß angesichts dieser Sachlage immer von neuem wieder ausgesprochen werden, daß der ganze mit militärisch-machtpolitischen Mitteln geführte Kampf gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, auf den sich die westliche Welt eingelassen hat, ein Irrweg ist, der nur mit einem Unglück enden kann. Gewiß, das ist die übliche bequeme, billige Art der Menschen: recht kräftig auf den Feind einhauen, seine abgründige Schlechtigkeit bloßstellen

---

Und so naiv es wäre, anzunehmen, daß die Russen ohne die Mitteilungen, die ihnen Dr. Fuchs zukommen ließ, noch nicht imstande wären, Atomexplosionen herbeizuführen, so klar ist es doch, daß die Kommunistenhysterie durch solche trüben Machenschaften immer neue Nahrung finden muß. Der blinde, sich jenseits von Gut und Böse stellende Fanatismus so vieler Kommunisten ist heute vielleicht der schlimmste Feind ihrer eigenen Sache.

(12. Februar.)

und die Güte der eigenen Sache ins hellste Licht setzen. Aber kann das unser Weg sein? Hat das mit unserer vielgerühmten Christlichkeit das mindeste zu tun? Ist es nicht vielmehr deren zynische Verleugnung? Stünde es uns nicht eher an, auch dem Kommunismus gegenüber jenen anderen, uns so wohl bekannten, aber freilich schwereren Weg zu gehen, auf dem wir den Feind vor allem in uns selber entdecken werden und lernen müssen, ihn nicht mit äußerer Gewalt, sondern mit den Waffen des Geistes und des sittlichen Willens zu überwinden? Bleibt uns, die wir zum westlichen Kulturkreis gehören, darum etwas anderes übrig, als zunächst einmal im eigenen Haus gründlich Ordnung zu schaffen, Gerechtigkeit und Menschenwürde in unseren eigenen Lebensformen und Einrichtungen zu verwirklichen und erst dann zu schauen, ob wir noch viel Anlaß haben, das Abendland gegen die kommunistische Gefahr zu mobilisieren? (Gehörten wir zur östlichen Welt, so müßten wir im gleichen Geist vor allem die Schuld des Kommunismus erforschen und gutzumachen suchen, statt uns in Anklagen und Rüstungen gegen Kapitalismus und Imperialismus zu erschöpfen.) Je eher wir auf diesem Weg umkehren, desto besser für uns. Es freut mich daher, der rechten Erkenntnis auch in dem schon erwähnten Labour-Büchlein «Keeping Left» begegnet zu sein. Der Vormarsch des russischen Kommunismus bei den rückständigen Völkern, so liest man nämlich hier, könne nur aufgehalten und der Weiterbestand der westlichen Demokratie nur gesichert werden, wenn soziale Gerechtigkeit im Weltmaßstab verwirklicht und der «Unwürdigkeit des kapitalistischen freien Unternehmertums» ein Ende gemacht werde.

«Diesmal – betonen die Verfasser – ist der Feind nicht ein zweiter Hitler, den wir mit Waffengewalt zurückwerfen müßten; es wird keine zweite Schlacht um England geben. Diesmal ist der Feind in uns selber.»

«Die dringendste Lebensnotwendigkeit ist heute, daß England und Amerika sich zu der Auffassung bekennen, daß die erste Verteidigungsline sozialer und wirtschaftlicher Natur ist und Rüstungen nur die zweite Linie darstellen. Wenn wir oder unsere Verbündeten die auswärtige Politik militärischen Erfordernissen unterordnen, dann besteht keine Aussicht, einen neuen Krieg zu verhindern.»

Gerade das – Unterordnung der Politik unter militärische Gesichtspunkte – ist es aber, was, unter amerikanischer Führung, die Haltung der Westmächte gegenüber dem Weltkommunismus kennzeichnet. Statt den Kampf auf wirtschaftlichem und sozialem Boden auszutragen, und zwar nicht durch Befestigung und Ausbreitung der Herrschaft des «freien Unternehmertums», sondern durch die Begründung einer weltweiten sozialistischen Planwirtschaft, verlegt man ihn auf dasjenige Gebiet, wo man kein Opfer von Besitz- und Machtinteressen zu bringen braucht, sondern eher noch mehr zu erraffen hoffen darf, als man schon hat: auf das Gebiet des militärisch-politischen Machtkampfes. Trumandoktrin, Atlantikpakt und nun die H-Bombe sind Etappen auf diesem Weg – einem Weg, der, wenn weiter verfolgt, wirklich keine Aussicht mehr läßt, einen neuen Krieg zu verhindern. Daß nun endlich mit der Ab-

rüstung ernst gemacht werde, muß darum – neben der Umwälzung der Eigentumsordnungen – zur dringlichsten Forderung der in ihrem Leben selbst bedrohten Völker werden. Im besonderen wird zur Ausschaltung der Atomwaffe ein neuer Anlauf genommen werden müssen, der aber selbstverständlich nicht auf der nun ohnehin unmöglich gewordenen Linie des Baruchplanes erfolgen darf. Denn es ist ja nicht so, wie völlig irreführend die «Neue Zürcher Zeitung» letzthin (am 2. Februar 1950) schrieb:

«Solange Moskau nur die unkontrollierte Vernichtung aller bestehenden Atom-bombenvorräte verlangt, um seine Friedensliebe zu beweisen, sich aber hartnäckig weigert, eine internationale Kontrolle der Erzeugung atomischer Energie auch in seinem Machtbereich zuzulassen, wird es beim Wettlauf um die Überlegenheit auch auf dem Gebiete der Atomwaffen bleiben.»

Tatsache ist vielmehr, daß der von den Vereinten Nationen übernommene amerikanische Plan für die Kontrolle der Atomkraft nicht an der Ablehnung einer solchen Kontrolle durch die Sowjetunion scheiterte, sondern – um mit Professor Blackett zu sprechen – an dem Versuch der Westmächte, diesen Plan auf eine Linie festzulegen, «auf der die Sowjetunion einer Gruppe von Nationen unter amerikanischer Führung untergeordnet worden wäre». «Da Amerika», so schreibt der berühmte englische Atomphysiker, «seine Atombomben bis zu einer späten Phase des Ingangkommens (der Inspektion) behalten würde, könnte die Sowjetunion keine feste Garantie haben, daß nicht zu dem Zeitpunkt, an dem die Bomben beseitigt werden sollen, irgendein technischer Einwand erhoben wird, der ihre Beibehaltung rechtfertigt. In der Zwischenzeit hätte die Sowjetunion ihr Land und ihre Volkswirtschaft der Inspektion und damit notwendig auch der militärischen Spionage geöffnet<sup>3</sup>.»

Daß die Sowjetunion einer strengen Kontrolle der Erzeugung von Atomkraft keineswegs widerstreben würde, sofern diese nur nicht einseitig Amerika begünstigen und sie selber schädigen würde, haben ihre Sprecher immer wieder betont, zuletzt Wyschinski in seiner Rede vor dem politischen Sonderausschuß der UNO am 10. November 1949. Mache man doch, wenn man das alles nur für Propaganda ansieht, einmal die Probe aufs Exempel – und man wird bald sehen, ob die Russen wirklich die Saboteure der Atomkraftkontrolle sind, als die sie die gerissene Taktik der Verfasser und Befürworter des Baruchplanes einer oberflächlich urteilenden, weil voreingenommenen Welt hat erscheinen lassen!

## Propaganda und Wahrheit

Die Regel, zuerst im eigenen Haus  
Ordnung zu schaffen, bevor man den  
Nachbar anklagt, bedeutet freilich nicht, daß wir Unrecht, mit dem sich  
der andere belastet, einfach übersehen sollten. Wir dürfen, ja müssen

<sup>3</sup> Blackett, Angst, Krieg und Atombombe, Seite 192.

vielleicht sogar es aufzeigen, wenn sich unser Wille zur Gerechtigkeit und unsere Leidenschaft für die Menschenwürde vor allen Dingen einmal im Kampf gegen den «Feind in uns selber» bewährt. Sonst trifft uns der Vorwurf der Heuchelei und Selbstgerechtigkeit mit voller Wucht und Schärfe!

Das gilt namentlich auch für den moralischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, der die wirksamste Vorbereitung für den militärischen Krieg gegen den «Menschheitsfeind Nr. 1» darstellt. Nehmen wir etwa die jetzt besonders beliebten Anklagen gegen die russischen Zwangsarbeitslager. Kein Zweifel: diese Lager gibt es, wenn es auch unwahrscheinlich klingt, daß in ihnen an die zehn Millionen Sträflinge vereinigt seien, müßte dann doch, bei rund 50 Millionen erwachsenen Männern, die in der Sowjetunion leben (1940, also vor dem deutschen Einfall in Rußland, zählte man in der ganzen Sowjetunion genau 46,7 Millionen Männer zwischen 15 und 59 Jahren), jeder fünfte arbeitsfähige Russe in diesen Lagern sein. Aber gibt es nicht auch Zwangsarbeit, und zwar sicher für Millionen von Menschen, in den britischen und französischen Kolonien, in Südafrika, in Lateinamerika? Leben die Neger in den Südstaaten der USA – es sind immerhin auch einige Millionen – unter menschenwürdigeren Verhältnissen als die Zwangsarbeiter in Rußland?<sup>4</sup> Gibt es nicht immer noch Konzentrationslager in Spanien und Griechenland, die, wenn sie schon von verhältnismäßig geringer Ausdehnung sind, doch viel unmenschlichere Lebensbedingungen für die Gefangenen aufweisen, als das die sowjetischen Arbeitslager tun? J. M. Domenach spricht darum nur eine Forderung elementarer Gerechtigkeit aus, wenn er im «Esprit», die lärmende Aktion David Roussets gegen die russischen Arbeitslager kritisierend, bemerkt, eine Untersuchung über Lagergreuel müsse sich auf alle in Frage kommenden Länder erstrecken; «sonst macht man sich die Dialektik derjenigen zu eigen, die die sowjetischen Konzentrationslager nur zu dem Zwecke denunzieren, um Gründe für einen Krieg beizubringen, der zu einer noch weiteren Ausdehnung dieser Lager auch bei ihnen führen würde. Die öffentliche Meinung muß sich daher aufraffen und von der UNO die Bildung einer Untersuchungskommission verlangen, die mit der Inspektion der Strafvollzugssysteme und der

<sup>4</sup> Die beiden amerikanischen Negerschriftsteller Horace Cayton und Claire Drake haben vor ein paar Jahren, als der damalige Außenminister Byrnes empörte Proteste in die Hauptstädte der osteuropäischen Volksrepubliken wegen Verletzung der demokratischen Grundsätze schickte, die Gefühle ihrer Rassengenossen nicht übel ausgedrückt. «Wenn sie», so schrieben sie in einem gemeinsam verfaßten Aufsatz, «die Proteste gegen den „Eisernen Vorhang“ hören, dann setzen sie ein sardonisches Lächeln auf. Weiß Europa, was in den Sümpfen von Florida vorgeht, in den Baumwollplantagen von Mississippi und in den Kettengefängnissen und Zwangsarbeitsfarmen des Südens, wo die Neger täglich geschlagen und gefoltert werden? Wenn sie den amerikanischen Außenminister sagen hören, man müsse den Balkanstaaten die vier Freiheiten bringen, lachen sie unehrerbietig auf. Sie denken an seinen eigenen Staat Südkarolina, wo die Neger wie Hunde niedergeschlagen würden, wenn sie in größerem Umfang ihr Recht, an die Urnen zu gehen, geltend zu machen wagten.»

Sträflings- oder Zwangsarbeiterlager in allen Ländern zu beauftragen wäre. Wer sich dem widersetzen würde, wäre gerichtet, und wenn sich die Sowjetunion allein widersetzte, so wäre das, wie ich glaube, in den Augen der ganzen Welt der einzige mögliche Beweis für die Wahrheit von Roussets Anklagen.»

Oder nehmen wir die jüngste Propaganda gegen die «Verschleppung von 28 000 griechischen Kindern durch die Kommunisten», zu der die griechische Königin, eine ehemalige deutsche Prinzessin und Führerin der Hitlermädchen, das Stichwort gegeben hat. Es ist in Westeuropa begierig aufgenommen worden, auch vom westschweizerischen Radio, das seit Wochen einen planmäßigen Feldzug gegen die Urheber dieses «Verbrechens» führt, auch vom britischen Außenminister Bevin, der im Unterhaus (am 16. November 1949) behauptete, es handle sich hier um «einen der größten Skandale aller Zeiten». Wie steht es damit aber in Wirklichkeit?

Ich glaube, wir dürfen in dieser Sache das Zeugnis eines Mannes als zuverlässig annehmen, der während sechs Monaten als Beobachter der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen in Griechenland weilte und vorher zwei Jahre lang politischer Berater des Chefs der britischen Militärregierung in Berlin war, des Engländer Kenneth Spencer. Dieser Mann stellt im «New Statesman» die Tatsachen folgendermaßen dar: Im Frühjahr 1946 verfügte General Markos die Verbringung der Kinder in den unmittelbar von den Kriegshandlungen erfaßten und von schwerer Lebensmittelnot betroffenen Gebieten Nordgriechenlands in die verhältnismäßig gesicherten Länder der benachbarten Volksrepubliken. (Das war also, so fügen wir hinzu, nicht ein Akt der Unmenschlichkeit und Grausamkeit, sondern der Menschlichkeit und Fürsorge, der Tausenden von Kindern das Leben gerettet hat.) Die Kinder wurden in der Regel mit Einwilligung der Eltern weggebracht (der Vater kämpfte häufig in den Reihen der Partisanen); nur in einer Minderheit von Fällen wurden sie zwangsweise evakuiert. Ihre Rückführung in die Heimat geschieht, wenn die Eltern es verlangen und sobald es die Verhältnisse erlauben. Die griechische Regierung hat aber mit allen Druckmitteln, über die sie verfügt, bisher nur die Eltern von 8000 der insgesamt 28 000 Kinder veranlassen können, ein Heimschaffungsbegehr zu stellen, vermutlich deshalb, weil sie die Kinder zuerst einer «Umerziehungskur» in besonderen Lagern unterwerfen will, bevor sie dieselben ihren Eltern zurückzugeben bereit ist. Spencer belegt seine Darstellung durch Anführung offizieller Berichte der erwähnten UNO-Kommission und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sowie des Bundes der nationalen Rotkreuzgesellschaften.

Im übrigen hätte gerade die griechische Regierung wahrhaftig alle Ursache, zuerst einmal vor der eigenen Tür zu wischen. Denn was zuverlässig über die Zustände in den von ihr selbst betriebenen Gefängnissen und Lagern, besonders in dem berüchtigten Konzentrationslager

von Makronissos, verlautet, ist so bedenklich, daß davor jede Anklage wegen der «verschleppten» Kinder – die in Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei usw. musterhaft untergebracht sind – verstummen muß. Dem Internationalen Roten Kreuz zufolge sind immer noch 25 000 politische Häftlinge in den griechischen Staatsgefängnissen; ebensoviele befinden sich in den Konzentrationslagern, im ganzen also rund 50 000 Menschen, die bei weitem nicht alles Kommunisten sind, aber solange «umerzogen» werden, bis sie, an Körper und Seele gebrochen, zum Kreuz kriechen und ihre ehemaligen Kameraden verraten<sup>5</sup>. Hört man unsere Antikommunisten gegen diese Verhältnisse auch nur mit an nähernd der gleichen Heftigkeit und Ausdauer protestieren, die sie in ihre Anklagen gegen kommunistische Verbrechen legen?

**Die Welt des Ostens** Es bleibt mir nur mehr wenig Raum, um auch noch den Fortgang der Ereignisse in Asien und Afrika zu skizzieren, die doch von so außerordentlicher Bedeutung für die künftigen Geschicke unserer Welt sind. Ihr gemeinsamer Zug ist wiederum der unaufhaltsame Aufstieg der farbigen Rassen zu Mündigkeit und Menschenwürde. Er hat sich in Aegypten in dem Wahlsieg der Wafdpartei bekundet, die sich als Trägerin der nationalen Unabhängigkeitsbewegung zur endgültigen Auseinandersetzung mit England anschickt (das ja immer noch am Suezkanal und besonders im Sudan steht), aber auch innerpolitische Reformen an die Hand nehmen zu wollen scheint, um das Volk aus seiner furchterlichen Armut, Verkommenheit und Unwissenheit herauszuführen. Er hat sich in der Ende Januar erfolgten Ausrufung der souveränen Republik Indien bekundet, die in Rajendra Prasat, einem alten Freund und Schüler Gandhis, ihren ersten Präsidenten bekommen hat. Und er bekundet sich vor allem weiterhin in dem großen Ringen der ost- und südostasiatischen Völker um völlige Freiheit von westlicher Bevormundung und Ausbeutung.

<sup>5</sup> Nach Frankreich ist folgender Hilfeschrei eines Gefangenen gedrungen, auf den der katholische Schriftsteller Mauriac öffentlich geantwortet hat: «Erhebt kraftvoll die Stimme eures Protestes gegen die abscheulichen Verbrechen, die in diesem Augenblick die Henker der griechischen Regierung auf der Insel Makronissos begehen, wo sie den politischen Deportierten schreckliche körperliche Martern bereiten, um sie zur Unterzeichnung von ‚Erklärungen‘ zu zwingen, die ein Schimpf für die menschliche Würde sind! Einer dieser Henker, der Leutnant Rados, ein als Sadist gekennzeichneter Typ, hat offen erklärt, wenn sie sich weigerten zu unterschreiben, werde er sie alle umbringen. Fünf Soldaten der griechischen Armee, Augenzeugen dieser furchtbaren Szenen, sind verrückt geworden. Ein Greis von 73 Jahren, namens Nikitidis, von Kilkis, hat ‚Selbstmord begangen‘. Vier andere Deportierte sind ermordet worden. Diejenigen, die sich beharrlich weigern zu unterschreiben, werden nach schrecklichen Mißhandlungen mit einer Last von 64 Kilo beladen und gezwungen, den ganzen Tag zu laufen. Wenn sie dann erschöpft umfallen, werden sie mit Bambusstöcken geschlagen, so daß sie zeitlebens Krüppel oder lungenkrank bleiben. Auch der bekannte Schriftsteller Demetrios Photiadis ist soeben dieser Behandlung unterworfen worden. Schreckensnächte folgen einander ununterbrochen seit etwa 14 Tagen in diesem neuen Dachau. Das Blut fließt in Strömen.»

Das neue *China* ist gegenwärtig aber auch daran, seine Beziehungen zur Sowjetunion in Ordnung zu bringen. Mao Tse-tung und seine Mitarbeiter verhandeln darüber noch immer in Moskau, während die Vereinigten Staaten, wie die kürzliche Rede Außenminister Achesons vor dem amerikanischen Presseverband ganz offen erkennen ließ, alle Anstrengungen machen, um einen Keil zwischen *China* und Rußland zu treiben (so durch die Behauptung, die Sowjetunion gehe auf die Annexion der Mandschurei, der Inneren Mongolei und Sinkiangs aus) und aus Mao einen asiatischen Tito im großen Stil zu machen. Die Liebesmüh wird allerdings sehr wahrscheinlich vergebens sein.

Inzwischen machen sich immer stärker die Auswirkungen der chinesischen Revolution auf Französisch-Indochina bemerkbar. Das französische Parlament hat zwar letztthin die Verträge genehmigt, die aus Vietnam, Kambodscha und Laos «praktisch selbständige» Mitglieder des französischen Reichsverbandes machen sollen. Aber jedermann weiß, daß solche Manöver der letzten Stunde die Gewinnung der wirklichen Unabhängigkeit für Indochina doch nicht mehr vereiteln können. Und als Schlag um Schlag zuerst *China*, dann die Sowjetunion, dann die ost-europäischen Volksrepubliken statt die Regierung des Puppenkaisers Bao Dai diejenige seines Gegenspielers Ho Chi-Minh anerkannten (ein Hinweis darauf, was in Moskau tatsächlich vorgeht!), da kam denn auch gleich das ganze luftige Gebäude der westmächtlichen Ostasienpolitik ins Wanken. Besonders in Paris gab es über dieses zweifellos unfreundliche Verhalten der Ostblockstaaten große Entrüstung<sup>6</sup>, und Amerika wie England leisteten ihrem französischen Verbündeten unverzüglich diplomatische Schützenhilfe, indem sie sich ihrerseits treu hinter Bao Dai stellten; aber daß diese papierene Solidaritätskundgebung der neuen Heiligen Allianz die Lage für die «Ordnungsmächte» noch wirklich zu retten vermöge, können doch nur Leute glauben, die von den in der asiatischen Völkerwelt tätigen Kräften überhaupt keine Ahnung haben. Die Gefahr ist vielmehr groß, daß den Westmächten durch ihre Versteifung auf unhaltbare Stellungen außer *China* und Indochina auch noch Siam und Malaya aus der Hand gleiten, ja daß die sozialrevolutionäre Bewegung, von Peking und Moskau gefördert, mehr und mehr auch Burma und Indien erfaßt.

Wird dafür wenigstens *Indonesien* in den Einflußbereich der Westmächte zurückkehren? Hoffnungen darauf nährt man mindestens in Wa-

<sup>6</sup> Ho Chi-Minh ist eben technisch ein Rebell, wenn er auch 80 Prozent des Gebietes von Vietnam beherrscht, während Bao Dai unter dem Schutz der französischen Bajonette nur in den größeren Städten «regiert». Merkwürdig ist immerhin, daß die Vereinigten Staaten zwar die Scheinregierung Bao Dai anerkennen, hingegen (ebenso wie Frankreich selbst) der neuen chinesischen Regierung die Anerkennung verweigern, obwohl diese nunmehr auf dem ganzen Gebiet Chinas die einzige wirkliche Autorität darstellt. Aber eben: die Regierung von Saigon ist heftig gegenrevolutionär, während diejenige von Peking durch eine Revolution an die Macht gekommen ist, ähnlich wie – lang, lang ist's her – die erste Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auch...

shington. Das Abkommen mit Indonesien ist ja den Holländern nicht zuletzt durch die Vereinigten Staaten aufgedrängt worden, die im Interesse der Bekämpfung des Kommunismus die Übertragung der völkerrechtlichen Souveränität an die Indonesier für unvermeidlich erachteten, gleichzeitig aber Sorge trugen, daß Holland in Verwaltung und Wirtschaft, Armee und Flotte Indonesiens weiterhin ein gewichtiges Wort mitzusprechen habe<sup>7</sup>. Vorläufig wenigstens. Denn Holland soll ja nach amerikanischen Plänen nur der Platzhalter der Vereinigten Staaten sein, die früher oder später, wie sie das auch mit den «unabhängigen» Philippinen getan haben, Indonesien ihrem pazifischen Imperium einverleiben zu können hoffen. Man denkt eben auch in Washington in Kontinenten und rechnet mit großen Zeiträumen.

Aber nicht alle Blütenträume reifen. Das neue Weltklima ist nun einmal jeglichem Imperialismus feind, auch wenn er nicht offen militärisch-erobernd auftritt, sondern nur als durch «Stützpunkte» gesicherte wirtschaftlich-politische Beherrschung schwächerer Länder. Das wird man auch in Asien erleben – und anderwärts. Wir müssen nur Geduld und Vertrauen haben.

6. Februar 1950.

Hugo Kramer.

<sup>7</sup> Wie Andrew Roth in der Neuyorker «Nation» (31. Dezember 1949) sehr aufschlußreich darlegt, beherrschen die Holländer die indonesische Wirtschaft nach wie vor. Gleichzeitig muß die indonesische Republik das ganze holländische Verwaltungspersonal mindestens zwei Jahre lang weiterbeschäftigen. Auch die holländische Armee wird noch 6 bis 12 Monate im Land bleiben, und der Flottenstützpunkt Surabaya wird ohnehin von den Holländern betrieben, die auch in dem ölreichen, Entwicklungsfähigen Neu-Guinea keineswegs den Indonesiern weichen wollen. Die alten Herren Indonesiens sind also noch immer recht gut verschanzt.

## MITTEILUNGEN

Am 23. Januar 1950 ist in Basel unerwartet Pfarrer Samuel Dieterle gestorben, der die Botschaft des biblisch begründeten Sozialismus lebensvoll und treu mit den großen Gaben seiner Persönlichkeit vertreten hat. Wir werden in der Märznummer auf das Wirken dieses verstorbenen Freundes, dem auch die «Neuen Wege» tiefen Dank schulden, zurückkommen.

Dieser Nummer liegt ein Einzahlungsschein bei zuhanden derjenigen Leser, die das Abonnement für 1950 noch nicht bezahlt haben. (Jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 7.50). Für die Überweisung des ganzjährigen Abonnementsbetrages sind wir unsren Lesern dankbar, weil sie uns damit Zeit und Spesen einsparen helfen. Die Nachnahmen werden anfangs April verschickt. Leser, welche die im Herbst 1949 versandte Broschüre, B. Balscheit, «Geist, christlicher Glaube, Sozialismus» behalten, den Betrag von Fr. 2.— aber noch nicht überwiesen haben, sind gebeten, dieses auch mittels des beiliegenden Einzahlungsscheines zu tun.

### Und noch eine Bitte:

Wer hilft durch Überweisung des Betrages für ein Geschenkabonnement mit, daß noch mehr Freunden im Ausland, die kein Abonnement bezahlen können, oder auch Schweizer Lesern, für die dasselbe aus andern Gründen zutrifft, unsere Zeitschrift gratis abgegeben werden kann? An Abnehmeradressen fehlt es nicht. Allen denen, die schon bis heute so treu geholfen haben, die «Neuen Wege» in weitere Kreise zu tragen, danken wir herzlich.